Freistaat fördert Grundlagenstudie für RVV-Erweiterung

10. Februar 2021

- **Grundlagenstudie prüft Sinnhaftigkeit eines RVV-Beitritts**
- **Freistaat fördert Studie mit bis zu 5,4 Millionen Euro**
- **Ergebnisse für 2024 erwartet**

Ein Ticket, ein Fahrplan: In Verkehrsverbünden profitieren die Fahrgäste von einheitlichen Informationen und einheitlichen Tarifen bei Bus und Bahn. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb die Landkreise Cham, Neustadt a.d.Waldnaab, Schwandorf und Straubing-Bogen sowie die kreisfreien Städte Straubing und Weiden in der Oberpfalz dabei, einen Beitritt zum Regensburger Verkehrsverbund (RVV) in einer Grundlagenstudie prüfen zu lassen. „Wir wollen, dass möglichst alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern Teil von leistungsstarken Verkehrsverbünden sind", erklärt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer. „Das erleichtert die Nutzung des ÖPNV und hat für die Fahrgäste viele Vorteile. Wir übernehmen deshalb fast 90 Prozent der Kosten für die Studie und unterstützen die Kommunen mit bis zu 5,4 Millionen Euro. Das ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg in den RVV."

Auch die Stadt und der Landkreis Regensburg nehmen an der Studie teil. Für sie geht es um die Fortentwicklung der Organisation des seit Jahrzehnten bestehenden RVV. Die Studie soll noch dieses Jahr in Auftrag gegeben werden. Mit Ergebnissen ist im Jahr 2024 zu rechnen. Die individuell unterschiedlichen Voraussetzungen der teilnehmenden Gebietskörperschaften sollen bei der Studie Berücksichtigung finden. Wenn die Studie ergibt, dass ein Verbundbeitritt sinnvoll ist, können sich die Kommunen für den Beitritt entscheiden und weitere Förderungen des Freistaats für integrationsbedingte Einmal- und Dauerkosten erhalten. Anschließend wäre ein zügiger Beitritt zum Verbund möglich, da die Studie bereits alle Voraussetzungen hierfür erarbeiten wird.

Die beteiligten Landrätinnen und Landräte sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister freuen sich über die Beauftragung der Studie und die großzügige finanzielle Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Sie sind sich einig, dass Verkehrsverbünde einen wichtigen Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern leisten und der notwendige Schritt für einen bayernweit einheitlichen Tarif sind. Für die Landräte und Oberbürgermeister ist eine sinnvolle Ausweitung des RVV entsprechend den Verkehrsbedürfnissen der Menschen in der Region daher zukunftsweisend für den ÖPNV.

Großer Vorteil von Verkehrsverbünden ist es, dass Tickets in der Regel einheitlich in allen öffentlichen Verkehrsmitteln gültig sind. Außerdem werden Fahrpläne aufeinander abgestimmt und spiegeln sich auch in abgestimmten Fahrgastinformationen wider, was Zugangshemmnisse zum ÖPNV abbaut. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb bayerische Kommunen, die derzeit noch keinem Verkehrs- und Tarifverbund aus Bus und Bahn angehören, auf ihrem Weg in einen solchen Verbund. Mit der vorbereitenden Grundlagenstudie wird die verkehrliche und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit des Vorhabens geprüft sowie der Weg zur Umsetzung einer Verbundmitgliedschaft aufgezeigt. Dazu gehören auch realistische Kostenprognosen und Zeitpläne.

„Mit Hilfe der Studienergebnisse können die Kommunen eine fundierte Entscheidung über ihren Beitritt treffen“, so Verkehrsministerin Schreyer. Ein Jahr nach Einführung der neuen Förderung für Verbundintegrationen ist schon ein Großteil der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte, die derzeit noch nicht Teil eines leistungsfähigen Verbunds sind, auf dem Weg dorthin. „Das ist ein großer Erfolg“, so Schreyer.

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers